BV^{in}-Stv. Oliver Möllner, MA, BzR^{in} Beate Marx
BzR Mag. Johannes Schreiber, BzR^{in} Ulrike Ehrgott, BzR Thomas Scheuba, MSc,
BzR^{in} Martina Wettstein, BSc, BzR Mag. Michael Richter

Die Wiener Volkspartei
Währing

WasteWatcher für Antoni & Hilde

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Wiener Volkspartei Währing stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.09.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Wiener Bezirksvertretungen folgenden

A N T R A G

Die Bezirksvertretung möge beschließen: Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht WasteWatcher der Stadt Wien regelmäßig in die Antonigasse auf Höhe der Hildebrandgasse zu schicken, um dort den Projektbereich von „Antoni & Hilde“ verstärkt zu kontrollieren.

BEGRÜNDUNG

Die Antonigasse galt bis zum letzten Frühling noch als ruhige, saubere Gasse und Wohngebiet. Mit dem im Mai 2026 realisierten Projekt „Antoni & Hilde“ wurde nicht nur die Verkehrssituation erheblich verschlechtert, sondern auch das Bild der Gasse ist seitdem geprägt von Müllbergen, die laut feiernde Gruppen im öffentlichen Raum liegen lassen. Neben Pizzakartons finden sich zahlreiche Bierflaschen, Dosen genauso wie Altkleider und Sperrmüll.

Nachdem dieses Problem nun schon einige Monate besteht, liegt es an der Stadt Wien hier gegenzusteuern. Die WasteWatcher haben sich in diesem Zusammenhang schon zahlreich bewährt und wären ein erster Ansatz, um diesem Problem entgegenzutreten.

BzR Marcus Altmann, BzR[in] Renate Rummerstorfer,
BzR Mag. Martin Much, BzR[in] Marissa Lechner,
BzR Ingo Höllinger, BzR[in] Mag.[a] Maria Masching

Bezirksvorstehung für den 18. Bezirk
Martinstraße 100
1180 Wien

Kostenlose Ladestation für mobile Endgeräte

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag
Die Bezirksvertretung möge beschließen: Die zuständigen Abteilungen der Stadt Wien werden ersucht, die Möglichkeit der Errichtung einer kostenlosen Ladestation („Power-Station“) für Smartphones, Tablets und andere mobile Endgeräte im Währinger Park oder im Schubertpark zu prüfen und die damit verbundenen Errichtungskosten zu beziffern.

Begründung
Smartphones und Tablets sind heute für Menschen aller Altersgruppen, insbesondere aber für junge Menschen, selbstverständlicher Bestandteil des Alltags. Öffentliche Parks sind zugleich wichtige Orte der Freizeitgestaltung, Begegnung und sozialen Teilhabe. Eine zeitgemäße und niederschwellig zugängliche Infrastruktur kann dazu beitragen, die Aufenthaltsqualität dieser öffentlichen Räume weiter zu verbessern.

Die Stadt Wien hat im Rahmen der Wiener Kinder- und Jugendmillion bereits kostenlose sogenannte „Power-Stationen“ in mehreren Wiener Parks umgesetzt. Diese ermöglichen das kostenlose Aufladen von Smartphones und Tablets und wurden gezielt an stark frequentierten Orten sowie beliebten Treffpunkten von Kindern und Jugendlichen errichtet.

Die von der MA 33 – Wien Leuchtet entwickelten kostenlosen Ladestationen sind speziell für den Einsatz im öffentlichen Raum konzipiert und können an bestehenden Lichtmasten angebracht werden. Das Aufladen ist sowohl über USB-A und USB-C als auch kabellos möglich. Die Anlagen wurden zudem hinsichtlich ihrer Barrierefreiheit geprüft.

Mit dem Währinger Park und dem Schubertpark verfügt Währing über zwei stark frequentierte öffentliche Grün- und Parkanlagen, die insbesondere auch von Kindern, Jugendlichen und Familien als Freizeit-, Sport- und Aufenthaltsorte genutzt werden.

Die Errichtung kostenloser Ladestationen nach dem Vorbild der bereits in anderen Wiener Parks umgesetzten „Power-Stationen“ könnte daher eine sinnvolle Ergänzung der bestehenden Infrastruktur darstellen und die Aufenthaltsqualität in beiden Parkanlagen weiter erhöhen.



Das Aufladen ist mit und ohne Kabel möglich

(Quelle: https://wien.orf.at/stories/3368411/)

BzR Marcus Altmann, BzR[in] Renate Rummerstorfer,
BzR Mag. Martin Much, BzR[in] Marissa Lechner,
BzR Ingo Höllinger, BzR[in] Mag.[a] Maria Masching

Bezirksvorstehung für den 18. Bezirk
Martinstraße 100
1180 Wien

Kommunikationstafeln für mehr Inklusion auf einem Spielplatz in Währing

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen: Die zuständigen Abteilungen der Stadt Wien werden ersucht, die Möglichkeit der Installation einer Kommunikationstafel für Kinder mit Kommunikationsbeeinträchtigungen im Spielplatzbereich des Währinger Parks zu prüfen und die dafür anfallenden Kosten zu beziffern. Sollte sich dieser Standort als nicht geeignet erweisen, wird ersucht, einen anderen geeigneten Park mit Spielplatz im 18. Bezirk für die Errichtung einer solchen Tafel vorzusehen.

Begründung

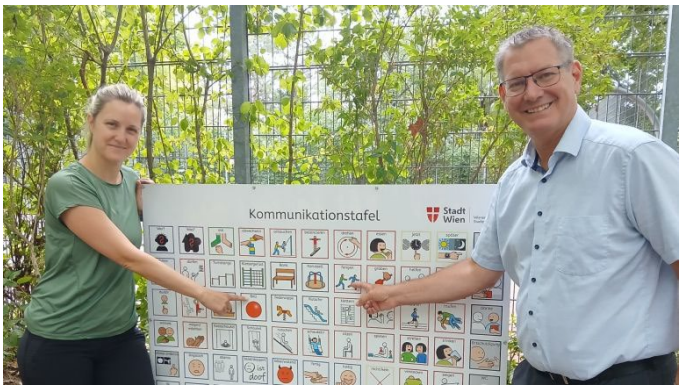
Zur weiteren Attraktivierung des Spielplatzangebots im 18. Bezirk und zur Förderung eines inklusiven Miteinanders soll im Währinger Park eine Kommunikationstafel installiert werden.

Eine Kommunikationstafel bietet Kindern die Möglichkeit, mithilfe von Symbolen ihre Wünsche, Gefühle und Bedürfnisse auszudrücken, Fragen zu stellen und sich mit anderen Kindern sowie ihren Begleitpersonen auszutauschen. Durch das Zeigen auf die passenden Symbole können sich insbesondere Kinder verständigen, die nicht oder nur eingeschränkt sprechen können. Auch Kindern mit geringen Deutschkenntnissen erleichtert die Tafel die Kommunikation und ermöglicht ihnen, aktiv am gemeinsamen Spielen teilzunehmen.

Als Vorbild dient die im Floridsdorfer Wasserpark errichtete Kommunikationstafel, die mit 66 Symbolen ausgestattet ist und Kindern unterschiedliche Möglichkeiten zur Verständigung bietet.

Mit einer solchen Tafel wird ein wichtiger Beitrag dazu geleistet, dass Spielplätze Orte, an denen sich alle Kinder willkommen fühlen und gemeinsam spielen können. Die Möglichkeit, miteinander zu kommunizieren, fördert Begegnungen, das gegenseitige Verständnis und das soziale Miteinander.

Mit der Errichtung einer Kommunikationstafel wird das Spielplatzangebot in Währing um eine einfache, aber wirkungsvolle Maßnahme zur Förderung der Inklusion und Barrierefreiheit ergänzt. Gleichzeitig setzt die Maßnahme ein sichtbares Zeichen für die Werte des Menschenrechtsbezirks Währing und stärkt die gleichberechtigte Teilhabe aller Kinder.



Quelle: https://www.wien.gv.at/floridsdorf/kommunikationstafel-wasserpark

FPÖ Bezirksgruppe Währing

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Wien-Währing

An die
Bezirksvertretung für den 18. Wiener Gemeindebezirk
Martinstraße 100
1180 Wien

Antrag „Hundezone für Währing“

Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellt die unterfertigte Bezirksrätin für die Sitzung der Bezirksvertretung Währing am 24.09.2026 folgenden

A N T R A G:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates der Stadt Wien werden ersucht, im erweiterten Bereich zwischen Währinger Gürtel und Kutschkermarkt mögliche Standorte für die Errichtung einer Hundezone zu prüfen, geeignete Flächen zu identifizieren, die hierfür notwendigen baulichen Maßnahmen zu bewerten und die anfallenden Kosten zu beziffern.

B E G R Ü N D U N G:

Aktuell stehen den Hundebesitzern im Bezirk vier Hundezonen zur Verfügung: eine im Währinger Park, eine im Schubertpark sowie zwei im Türkenschanzpark. Diese Einrichtungen werden von der Bevölkerung gut angenommen und leisten einen wichtigen Beitrag zu einem geordneten Miteinander von Hundehaltern und übrigen Nutzern des öffentlichen Raums.

Hundezonen und Hundeauslaufplätze nach Bezirken

In Wien gibt es mehr als 200 Hundezonen und Hundeauslaufplätze mit einer Gesamtfläche von über 1 Million Quadratmeter. Hier finden Sie eine Auswahl je Bezirk:

6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 **18** 19 20

18. Bezirk

Lage	Art	Größe in m²	Einzäunung	Hundetränke
Schubertpark	Hundezone	1.281	ja	ja
Türkenschanzpark, Gregor-Mendel-Straße	Hundezone	1.402	ja	ja
Türkenschanzpark, Hasenauerstraße	Hundezone	1.817	ja	ja
Währinger Park	Hundezone	4.337	ja	ja

Zwischen dem Schubertpark und der Bezirksgrenze zum 17. Bezirk besteht jedoch eine spürbare Versorgungslücke – auf dieser gesamten Strecke gibt es keine einzige ausgewiesene Hundezone. Die nächstgelegenen Hundezonen für Hundehalter in diesem

Teil von Währing finden sich im 17., Christine-Nöstlinger-Park, bzw. im 8., Hernalser Gürtel ggnü. ONr. 2.

Aus den dicht besiedelten Wohnvierteln rund um den Kutschkermarkt, die Kreuzgasse und den Währinger Gürtel erreichen die Antragstellerin regelmäßig Anliegen und Bitten von Bürgern, die auf diesen Missstand hinweisen. Viele Hundebesitzer aus den angrenzenden Grätzeln beklagen, dass es in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld kaum Möglichkeiten gibt, ihre Tiere gefahrlos und artgerecht auslaufen zu lassen.

Mangels einer klar ausgewiesenen Auslauffläche im betroffenen Gebiet kommt es bereits heute auf diversen Grünflächen entlang des Gürtels und in den umliegenden Wohnvierteln wiederholt zu Konflikten zwischen Hundehaltern und anderen Nutzern des öffentlichen Raums, insbesondere mit Familien, älteren Anrainern und Passanten. Eine offiziell ausgewiesene und eingezäunte Hundezone würde diesen bestehenden Bedarf in geordnete Bahnen lenken, klare regulatorische Rahmenbedingungen schaffen und Nachbarschaftsstreitigkeiten nachhaltig reduzieren. Die Maßnahme dient somit gleichermaßen dem Tierwohl, den berechtigten Anliegen der Hundehalter sowie den Interessen der Anrainer.

Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass bereits im Jahr 2022 sowie im März dieses Jahres entsprechende Anträge eingebracht wurden, die jeweils auf konkrete Flächen Bezug nahmen. Diese Anträge wurden mit Verweis auf eine geplante Baustelleneinrichtung in Verbindung mit der U5 abgelehnt.

Mit dem nunmehrigen Antrag soll der Prüfauftrag bewusst breiter gefasst werden, um den zuständigen Magistratsstellen die nötige Flexibilität bei der Standortwahl zu geben und sicherzustellen, dass tatsächlich die geeignetste Fläche im erweiterten Bereich Gürtel / Kutschkermarkt für die Errichtung einer Hundezone herangezogen wird.

Angesichts des unverändert hohen Bedarfs und der anhaltenden Rückmeldungen aus der Bevölkerung ist eine ernsthafte Prüfung des Vorhabens dringend geboten.

BzR Dr. Cornelia Haider

KPÖ & LINKS

Sichere Fahrradquerung an der Kreuzung Leo-Slezak-Gasse/Währinger Gürtel

Bezirksrat Thomas Schöpp stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 24.09.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden:

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Fahrradquerung der Leo-Slezak-Gasse an der Kreuzung mit dem Währinger Gürtel für Radfahrende, die auf dem Gürtelradweg der Borschkegasse stadtauswärts fahren, sicherer zu gestalten.

Begründung

Die Gürtelquerung bei der Leo-Slezak-Gasse ist für viele Fahrradfahrer*innen beliebt und eine wichtige Verbindungsstrecke in die Innenstadt und aus ihr heraus.

Bei der Querung des Gürtels stadtauswärts vom Gürtelradweg aus kommt es jedoch immer wieder zu brenzligen Situationen: Der den Gürtel querende Autoverkehr in Richtung stadteinwärts gerät dabei in die Spur des entgegenkommenden Radverkehrs. Oft geschieht dies mit überhöhter Geschwindigkeit, um die aktuelle Grünphase noch zu erwischen (siehe Abbildung 1).

Besonders eng wird die Situation, wenn Autos im Kreuzungsbereich kurz anhalten und dadurch die Sicht auf entgegenkommende Fahrradfahrer*innen zusätzlich einschränken. Dies kommt so häufig vor, dass es sogar auf Google Street View zufällig zu sehen ist.

Eine mögliche Maßnahme wäre, zwei Parkplätze im Kreuzungsbereich zu entfernen und einen Fahrbahnteiler zu installieren. Dieser würde die Autospur verengen, den Radverkehr deutlich vom Autoverkehr trennen und dadurch zu einer Reduktion der Geschwindigkeit beitragen. Außerdem sollte sichergestellt werden, dass die Sicht auf den vom Gürtelradweg in der Borschkegasse stadtauswärts kommenden Radverkehr nicht eingeschränkt ist (siehe Abbildung 2 und Abbildung 3).

Eine Verbesserung der Radstrecke durch die Leo-Slezak-Gasse würde sich nicht nur positiv auf die innerstädtische Anbindung der Bewohner*innen des 18. Bezirks im Bereich Antonigasse/Martinstraße auswirken, sondern wäre auch ein Gewinn für die bessere Erschließung des 17. Bezirks im Bereich Beheimgasse–Kalvarienberggasse. Der Abschnitt ist Teil des von der Radlobby erstellten Zielnetzes, und eine empfohlene Strecke (siehe Abbildung 4).

Bereits am Mittwoch, dem 5. Oktober 2022, wurde in der Bezirksvertretung des 17. Bezirks ein Antrag zur „Fahrradstraße Beheimgasse“ beschlossen. Eine Verbesserung der Fahrradfreundlichkeit der Leo-Slezak-Gasse kann hier einen weiteren Beitrag zur Entstehung eines schlüssigen Gesamtkonzepts leisten. Gleichzeitig würde dadurch eine alternative Route für Radfahrer*innen verbessert, denen das hohe Stressniveau auf dem sehr beengten Radstreifen der Jörgerstraße zu viel ist.

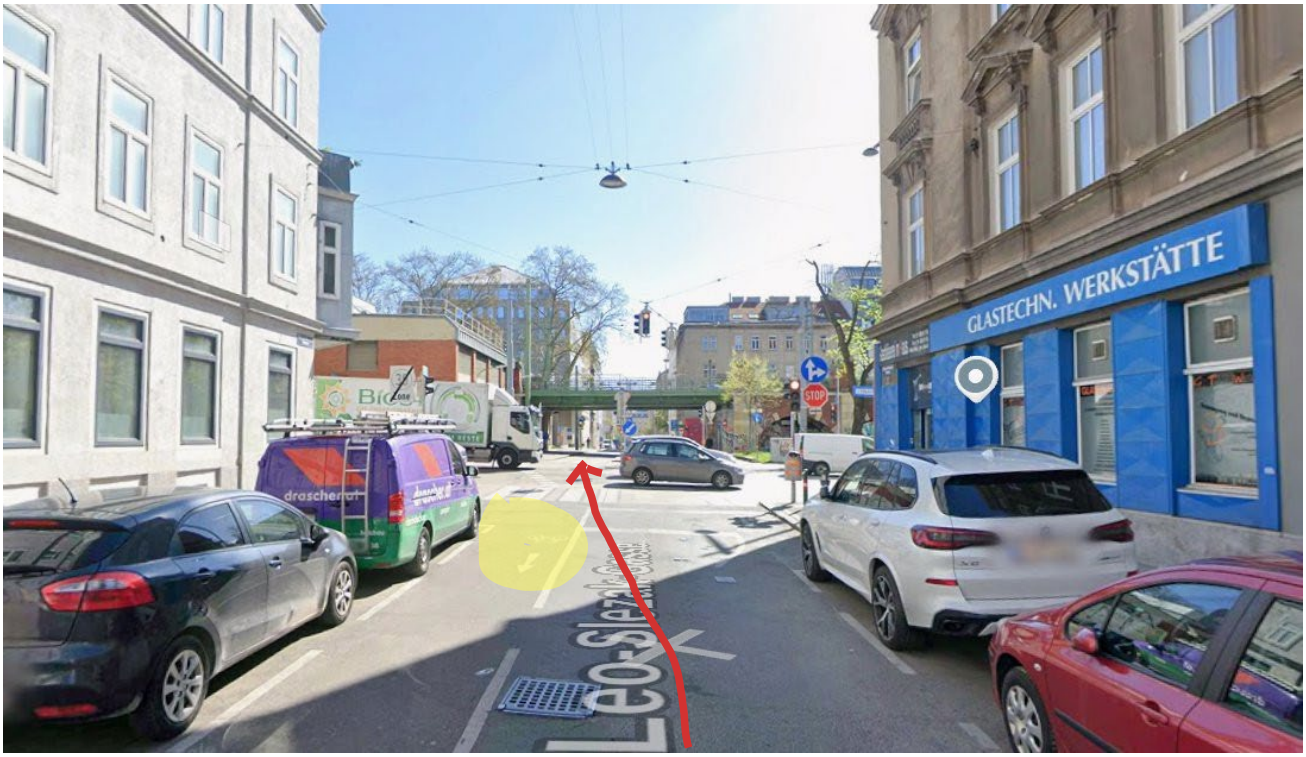


Abbildung 1: Kreuzung Leo-Slezak-Gasse 2/Währinger Gürtel, Blick stadteinwärts. Die Problemstelle ist gelb markiert, die Fahrtrichtung der Autos rot. Quelle: Google Street View



Abbildung 2: Kreuzung Leo-Slezak-Gasse/Währinger Gürtel: Beispiel für ein Auto, das die Sicht im Kreuzungsbereich einschränkt (rot). Quelle: Google Street View

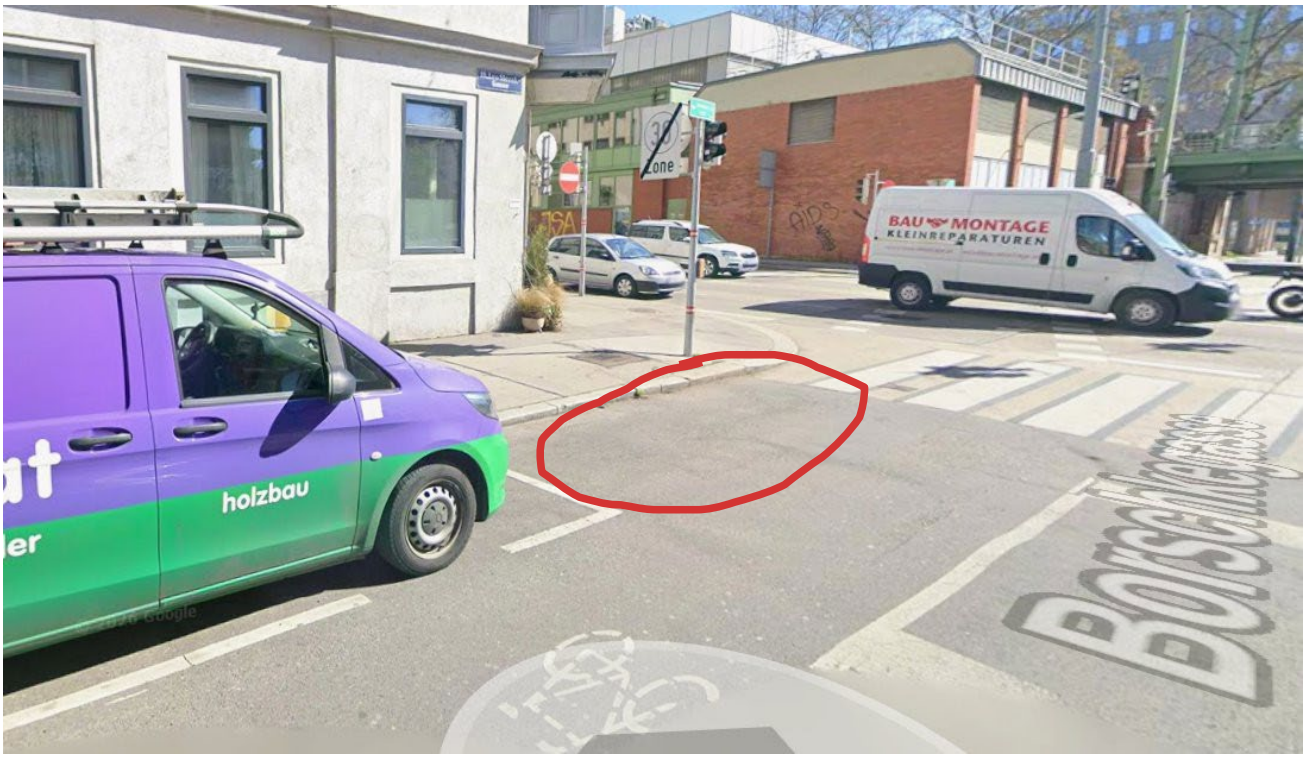


Abbildung 3: Kreuzung Leo-Slezak-Gasse/Währinger Gürtel: Bereich, in dem häufig Fahrzeuge im Kreuzungsbereich abgestellt werden. Quelle: Google Street View



Abbildung 4: Radkarte der Radlobby Wien: Die Leo-Slezak-Gasse ist Teil einer beliebte Fahrradroute. Kreuzung Leo-Slezak-Gasse/Währinger Gürtel in rot:
Quelle: https://fahrrad.lima-city.de/Karten/#16.36/16.335425/48.219304/0/basemapgrauhg.1-radlkarte.2

FPÖ Bezirksgruppe Währing

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Wien-Währing

An die
Bezirksvertretung für den 18. Wiener Gemeindebezirk
Martinstraße 100
1180 Wien

Wien, am 16.09.2026

Antrag

betreffend Erhöhung der Sicherheit und Fahrgastfreundlichkeit in der Haltestelle „Lazargasse“

Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellt der unterfertigte Bezirksrat für die Sitzung der Bezirksvertretung Währing am 24.09.2026 folgenden

A N T R A G:

Die Bezirksvertretung möge beschließen:
Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen, welche Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit und Fahrgastfreundlichkeit (Wartehäuschen) im Bereich der Haltestelle „Lazargasse“ der Buslinien 10A und 42A umgesetzt werden können.

B E G R Ü N D U N G:

Seit der Errichtung des Kreisverkehrs am Lidlberg befindet sich die Haltestelle „Lazargasse“ der Buslinien 10A und 42A in der Fahrbahn vor dem Kreisverkehr.
Im Bereich der Haltestelle befindet sich derzeit kein Fahrgastunterstand und der Wartebereich ist für Wartende gefährlich, da sich dieser ausschließlich auf einem gemischten Geh- und Radweg befindet.
Zu Erhöhung der Fahrgastfreundlichkeit bzw. -sicherheit soll einerseits die Errichtung eines Fahrgastunterstands geprüft werden. Andererseits soll eine Trennung von Geh- und Radweg durch entsprechende Markierung oder eine andere geeignete Maßnahme zur Erhöhung der Sicherheit für die Fahrgäste und Radfahrer geprüft werden.

BzR Lothar Planner


30
Zone
30


120
ÖAMTC

BzR Marcus Altmann, BzR[in] Renate Rummerstorfer,
BzR Mag. Martin Much, BzR[in] Marissa Lechner,
BzR Ingo Höllinger, BzR[in] Mag.[a] Maria Masching

Bezirksvorstehung für den 18. Bezirk
Martinstraße 100
1180 Wien

Haltemöglichkeit Postfiliale 1183, Gersthofer Straße 73

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag
Die Bezirksvertretung möge beschließen: Die zuständigen Abteilungen der Stadt Wien werden ersucht, die Möglichkeit der verbesserten Haltemöglichkeit für Postkund:innen der Postfiliale 1183, Gersthofer Straße 73 zu prüfen und die Kosten zu beziffern.

Begründung
Die Postfiliale 1183 in der Gersthofer Straße 73 erfüllt eine wichtige Funktion für die Bevölkerung und die Unternehmen im Bezirk, indem sie den Zugang zu postalischen Dienstleistungen und Logistikleistungen sicherstellt. Insbesondere seit der Schließung des Postamtes in der Pötzleinsdorfer Straße ist diese Filiale eine wichtige und stark frequentierte Anlaufstelle.

Der Zugang für die Aufgabe und Abholung von Paketen befindet sich in der Höhnegasse. Die Möglichkeiten für Postkund:innen, ihr Fahrzeug für die Dauer eines kurzen Postgeschäfts in unmittelbarer Nähe abzustellen, sind jedoch stark eingeschränkt.

Dies ist insbesondere auf folgende Gegebenheiten zurückzuführen:

1. In der Gersthoferstraße 73 befindet sich eine Ladezone, die tagsüber der Ladetätigkeit mit Lastfahrzeugen vorbehalten ist.
2. In der Höhnegasse, gegenüber der Postfiliale befindet sich eine weitere Ladezone, die ebenfalls der Ladetätigkeit mit Lastfahrzeugen vorbehalten ist.
3. Ebenfalls in der Höhnegasse gegenüber der Postfiliale befindet sich ein Schanigarten auf der Parkspur.
4. Unmittelbar vor der Postfiliale in der Höhnegasse sind zwei Parkplätze der Lademöglichkeit für Elektrofahrzeuge vorbehalten.
5. Darüber hinaus wurde die Zahl der verfügbaren Stellplätze im weiteren Verlauf der Höhnegasse durch die Umstellung von Schräg- auf Längsparken reduziert.

Es sollte daher geprüft werden, ob in unmittelbarer Nähe der Postfiliale eine zeitlich beschränkte Halte- bzw. Parkmöglichkeit für Postkund:innen geschaffen werden kann. Beispielgebend könnte das Parkverbot vor dem Eingang der Sonnenapotheke in Pötzleinsdorf sein, das in jüngster Zeit eingerichtet wurde und so jeweils 10 Minuten für Einkäufe in der Apotheke genutzt werden kann.





Antrag Errichtung eines Schutzzaunes am Gehsteig Gersthofer Straße

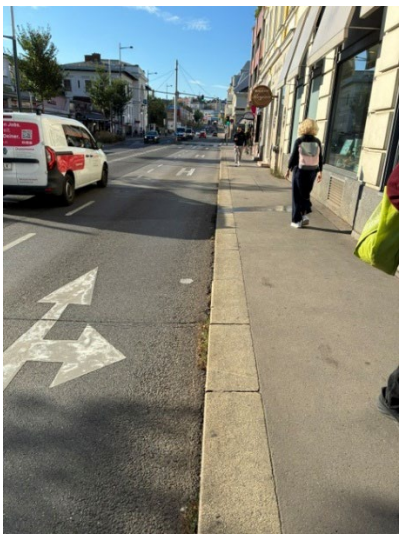
Die unterzeichnende Bezirksrätin stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 24.09.2026 gemäß § 24 Abs 1 GO BV folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Errichtung eines Schutzzaunes am Gehsteig entlang der Gersthofer Straße zwischen Wallrissstraße und Herbeckstraße zu prüfen.

BEGRÜNDUNG:

Die Gersthofer Straße ist eine stark befahrene, oft auch von vielen KFZ mit stark überhöhter Geschwindigkeit befahrene Straße. Der Gehsteig zwischen Herbeckstraße und Wallrissstraße ist aufgrund der vielen Geschäfte von Fußgänger:innen rege frequentiert, er dient aber auch vielen Schulkindern als Schulweg.



Aufgrund der Haltestelle des 10A in diesem Bereich laufen Kinder und andere Fußgänger:innen oft in Richtung Haltestelle, um den Bus zu erwischen. Der Gehsteig in diesem Bereich ist aber sehr schmal und die Gefahr, dass vor allem Kinder (die oft auch mit dem Roller unterwegs sind) auf die Fahrbahn stürzen, ist groß.

Es wird daher um Prüfung der Errichtung eines kleinen Schutzzaunes ersucht, um die Schulwegsicherheit für Kinder und die Sicherheit der Fußgänger:innen zu erhöhen – wie dies zum Beispiel auf der Gersthofer Straße zwischen Herbeckstraße und Thimiggasse der Fall ist:



Dr.in Manuela-Anna Sumah-Vospernik
Bezirksrätin für NEOS Währing

BV[in]-Stv. Oliver Möllner, MA, BzR[in] Beate Marx, BzR Mag. Johannes Schreiber, BzR[in] Ulrike Ehrgott, BzR Thomas Scheuba, MSc, BzR[in] Martina Wettstein, BSc, BzR Mag. Michael Richter

Die Wiener Volkspartei
Währing

Schutzwege an der Kreuzung Witthauergasse/Höhnegasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Wiener Volkspartei Währing stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.9.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Wiener Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien werden ersucht, im 18. Wiener Gemeindebezirk an der Kreuzung Witthauergasse/Höhnegasse vier Schutzwege zu verordnen und die entsprechenden Bodenmarkierungen anzubringen.

BEGRÜNDUNG

Die Verbesserung der Fußgängersicherheit an der Kreuzung Witthauergasse/Höhnegasse wurde bereits in der Vergangenheit öfters thematisiert, jedoch erfolgte keine relevante Verbesserung. Der Großteil des Verkehrsstromes erfolgt durch die Witthauergasse in beide Fahrtrichtungen. Das Interesse der Anrainer liegt an Maßnahmen die zu einer Herabsetzung der durchschnittlichen Geschwindigkeit der Nutzer der Witthauergasse und zu einer Erhöhung der Fußgängersicherheit an der Kreuzung führen. Die Kreuzung ist zudem Teil des Schulweges zur VS Bischof Faber-Platz.

Die Anbringung von 4 Schutzwegen (§ 76 StVO) im Kreuzungsbereich würde einerseits die Sicherheit für Fußgänger, insbesondere Schulkinder verbessern und andererseits die Geschwindigkeit der Verkehrsteilnehmer herabsetzen.



Ebenso würde die Anbringung von *Vorrang geben*-Schildern (§ 52 Z 23 StVO) in der Witthauergasse (in beiden Fahrtrichtungen) den Eindruck einer Durchfahrtsstraße verringern und den Verkehr verlangsamen, ohne Blockaden aufzubauen.

Um die Möglichkeit zu schaffen beide Maßnahmen in der Bezirksvertretung gesondert zu erörtern wird je ein Antrag für die Schutzwege und *Vorrang geben*-Schilder eingebracht.

BV[in]-Stv. Oliver Möllner, MA, BzR[in] Beate Marx, BzR Mag. Johannes Schreiber, BzR[in] Ulrike Ehrgott, BzR Thomas Scheuba, MSc, BzR[in] Martina Wettstein, BSc, BzR Mag. Michael Richter

Die Wiener Volkspartei
Währing

Vorrang geben (§ 52 Z 23 StVO) an der Kreuzung Witthauergasse/Höhnegasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Wiener Volkspartei Währing stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.9.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Wiener Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien werden ersucht, im 18. Wiener Gemeindebezirk an der Kreuzung Witthauergasse/Höhnegasse *Vorrang geben*-Schilder (§ 52 Z 23 StVO) in der Witthauergasse (in beiden Fahrtrichtungen) zu verordnen und anzubringen.

BEGRÜNDUNG

Die Verbesserung der Fußgängersicherheit an der Kreuzung Witthauergasse/Höhnegasse wurde bereits in der Vergangenheit öfters thematisiert, jedoch erfolgte keine relevante Verbesserung. Der Großteil des Verkehrsstromes erfolgt durch die Witthauergasse in beide Fahrtrichtungen. Das Interesse der Anrainer liegt an Maßnahmen die zu einer Herabsetzung der durchschnittlichen Geschwindigkeit der Nutzer der Witthauergasse und zu einer Erhöhung der Fußgängersicherheit an der Kreuzung führen. Die Kreuzung ist zudem Teil des Schulweges zur VS Bischof Faber-Platz.

Die Anbringung von *Vorrang geben*-Schildern (§ 52 Z 23 StVO) in der Witthauergasse (in beiden Fahrtrichtungen) würde den Eindruck einer Durchfahrtsstraße verringern und den Verkehr verlangsamen, ohne Blockaden aufzubauen.

Ebenso würde die Anbringung von 4 Schutzwegen (§ 76 StVO) im Kreuzungsbereich einerseits die Sicherheit für Fußgänger, insbesondere Schulkinder verbessern und gleichzeitig die Geschwindigkeit der Verkehrsteilnehmer herabsetzen.

Um die Möglichkeit zu schaffen beide Maßnahmen in der Bezirksvertretung gesondert zu erörtern wird je ein Antrag für die Schutzwege und *Vorrang geben* Schilder eingebracht.

BV[in]-Stv. Oliver Möllner, MA, BzR[in] Manuela-Anna Sumah-Vospernik, BzR KO Lothar Planner

Abhaltung einer Bürgerversammlung zum Thema "Neugestaltung des Aumannplatzes: Folgen für den Verkehr in ganz Währing und Evaluierung von kostengünstigeren Alternativen"

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Wiener Volkspartei Währing, der NEOS Währing und der FPÖ Währing stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.09.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Wiener Bezirksvertretungen folgenden

A N T R A G

Die Bezirksvertretung möge beschließen: Die Bezirksvorsteherin wird ersucht, gemeinsam mit den zuständigen Magistratsabteilungen, gemäß den Bestimmungen des § 104c Wiener Stadtverfassung eine Bürgerversammlung einzuberufen und abhalten zu lassen zum Thema:

"Neugestaltung des Aumannplatzes: Folgen für den Verkehr in ganz Währing und Evaluierung von kostengünstigeren Alternativen"

BEGRÜNDUNG

Die Neugestaltung des Aumannplatzes stellt einen bedeutenden Eingriff in die Verkehrsorganisation des Bezirks Währing dar und hat Auswirkungen, die weit über den unmittelbaren Projektbereich hinausreichen. Insbesondere die Folgen des Verkehrs für angrenzende Straßenzüge, Wohngebiete, Betriebe sowie für den Individualverkehr und den öffentlichen Verkehr, sind im Gesamtkontext des Bezirks zu betrachten.

Im Zuge des bisherigen Planungsprozesses wurde eine Bürgerbeteiligung durchgeführt, deren Ziel es war, die Anliegen und Bedürfnisse der Währingerinnen und Währinger in die Entwicklung des Projekts einzubeziehen. Zahlreiche Rückmeldungen aus der Bevölkerung in den letzten Monaten deuten darauf hin, dass wesentliche Anliegen und Vorschläge bisher nicht oder nur unzureichend berücksichtigt wurden. Oder Anliegen auch übersehen und ignoriert wurden. Dies führt zu einem berechtigten Wunsch nach einer neuerlichen Diskussion der geplanten Maßnahmen.

Darüber hinaus ist festzuhalten, dass die für die Neugestaltung des Aumannplatzes erforderlichen finanziellen Mittel in der derzeit diskutierten Form noch nicht beschlossen wurden. Gerade in Zeiten angespannter öffentlicher Budgets ist ein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeld geboten. Daher erscheint es sachlich und politisch geboten, vor einer endgültigen Festlegung auch alternative Planungsvarianten zu prüfen, die möglicherweise kostengünstiger umsetzbar sind, die verkehrlichen Zielsetzungen gleichermaßen erfüllen und gleichzeitig eine breitere Akzeptanz in der Bevölkerung finden können.

Eine ergebnisoffene Evaluierung möglicher Alternativen bietet die Chance, bestehende Konfliktpunkte zu entschärfen, Optimierungspotenziale zu nutzen und tragfähige Kompromisse zwischen den unterschiedlichen Interessen im Bezirk zu entwickeln. Ziel muss eine Lösung sein, die sowohl die Aufenthaltsqualität im Park verbessert als auch die berechtigten Anliegen der Anrainerinnen und Anrainer, der Gewerbetreibenden sowie der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer berücksichtigt.

Vor diesem Hintergrund ist eine umfassende Untersuchung der verkehrlichen Auswirkungen auf ganz Währing sowie die transparente Darstellung und Bewertung alternativer Planungsvarianten im Interesse des Bezirks und seiner Bevölkerung erforderlich. Dies stärkt die Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen, fördert die Akzeptanz des Projekts und trägt dazu bei, eine ausgewogene und zukunftsfähige Lösung für den Aumannplatz zu finden.

Die Bürgerversammlung verfolgt das Ziel, dies zu diskutieren.

BV[in]-Stv. Oliver Möllner, MA, BzR[in] Beate Marx
BzR Mag. Johannes Schreiber, BzR[in] Ulrike Ehrgott,
BzR Thomas Scheuba, MSc, BzR[in] Martina Wettstein,
BSc, BzR Mag. Michael Richter

Die Wiener Volkspartei
Währing

Die unterfertigenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Wiener Volkspartei stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen Wiens für die Sitzung der Bezirksvertretung Währing am 24. September 2026 nachfolgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (insbesondere MA 34) zu ersuchen, den Turm des Amtshauses Währing am „Red Wednesday" 2026, am 18.11.2026, rot zu beleuchten, um ein sichtbares Zeichen gegen die weltweite Christenverfolgung zu setzen.

Begründung

Der „Red Wednesday“ ist ein internationaler Gedenktag, der von der Organisation „Kirche in Not“ ins Leben gerufen wurde, um auf das schwere Schicksal verfolgter Christen aufmerksam zu machen. Weltweit sind Schätzungen zufolge über 380 Millionen Christen in mehr als 50 Ländern von Verfolgung und Diskriminierung betroffen. Täglich werden im Durchschnitt 13 Christen wegen ihres Glaubens ermordet, was diese Krise zu einer der größten, aber oft geleugneten Menschenrechtskrisen unserer Zeit macht.



In vielen Ländern werden am Abend des „Red Wednesday“ öffentliche Gebäude in rotes Licht getaucht, um Sichtbarkeit für die Opfer zu schaffen, denn Schweigen hilft den Tätern, Sichtbarkeit schützt die Opfer. Diese symbolische Geste drückt Solidarität aus und vermittelt den Betroffenen das Wissen, nicht vergessen zu sein. Die Beleuchtung öffentlicher Gebäude ist ein gängiges und wirkungsvolles Mittel, um auf wichtige Anliegen aufmerksam zu machen, wie es die Stadt Wien beispielsweise bereits im Rahmen der Kampagne „Orange the World“ gegen Gewalt an Frauen und Mädchen gezeigt hat.

Die Bezirke sind jene politische Ebene, die den Bürgern am nächsten steht, und gerade dort entfaltet ein sichtbares Bekenntnis seine unmittelbare Wirkung. Als Teil der Menschenrechtsstadt Wien trägt auch unser Bezirk Verantwortung im Kampf gegen die Verfolgung von Minderheiten, einschließlich religiöser Minderheiten. Es gilt, offizielle Zeichen zu setzen und das Engagement des Bezirks wie der gesamten Stadt sichtbar zu machen. Der Turm des Amtshauses verfügt über eine Beleuchtung, die dafür genutzt werden könnte und weithin sichtbar ist.